

Renate Hürtgen

Konfliktverhalten der DDR-Arbeiterschaft und Staatsrepression im Wandel

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.981>

Reprint von:

Renate Hürtgen, Konfliktverhalten der DDR-Arbeiterschaft und Staatsrepression im Wandel, in: Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit, herausgegeben von Peter Hübner, Christoph Kleßmann und Klaus Tenfelde, Böhlau Köln, 2005 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 31), S. 383-403

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>



Zitationshinweis:

Renate Hürtgen (2005), Konfliktverhalten der DDR-Arbeiterschaft und Staatsrepression im Wandel, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.981>

Ursprünglich erschienen als: Renate Hürtgen, Konfliktverhalten der DDR-Arbeiterschaft und Staatsrepression im Wandel, in: Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit, herausgegeben von Peter Hübner, Christoph Kleßmann und Klaus Tenfelde, Böhlau Köln, 2005 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 31), S. 383-403

Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Zentrum für
Zeithistorische Forschung Potsdam

Band 31

Peter Hübner / Christoph Kleßmann /
Klaus Tenfelde (Hg.)

Arbeiter im Staatssozialismus

Ideologischer Anspruch und
soziale Wirklichkeit



2005

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Zentrum für
Zeithistorische Forschung e.V.
Bibliothek

ZZF 17226 (HISD)ZEF

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Umschlagabbildung:

Arbeiter mit Zahnrad – Geschenk der Warschauer Ursus-Werke an Wilhelm Pieck
(Deutsches Historisches Museum, Berlin)

© 2005 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln
Ursulaplatz 1, D-50668 Köln
Tel. (0221) 913 90-0, Fax (0221) 913 90-11
info@boehlau.de

Alle Rechte vorbehalten
Druck und Bindung: MVR Druck GmbH, Brühl
Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier
Printed in Germany

ISBN 3-412-18705-4

Inhalt

Peter Hübner/Christoph Kleßmann/Klaus Tenfelde

Einleitung 9

Klaus Tenfelde

Arbeiter, Arbeiterbewegungen und Staat im Europa des „kurzen“
20. Jahrhunderts..... 17

Peter Hübner

ERSTE SEKTION:
„Arbeiterstaat“ als politische Konstruktion und Inszenierung..... 35

Dietrich Beyrau

Das sowjetische Modell – Über Fiktionen zu den Realitäten..... 47

Christoph Boyer

Sozialgeschichte der Arbeiterschaft und staatssozialistische
Entwicklungspfade: konzeptionelle Überlegungen und eine
Erklärungsskizze 71

Lenka Kalinová

Mythos und Realität des „Arbeiterstaates“ in der Tschechoslowakei..... 87

Ivo Georgiev

Die Arbeiter als Modernisierungsbremse im realsozialistischen
Bulgarien?..... 109

Dragoş Petrescu

Workers and Peasant-Workers in a Working-Class’ „Paradise“:
Patterns of Working-Class Protest in Communist Romania..... 119

Anikó Eszter Bartha

The Disloyal „Ruling Class“: The Conflict between Ideology and
Experience in Hungary 141

Simone Barck/Dietrich Mühlberg

Arbeiter-Bilder und Klasseninszenierung in der DDR.
Zur Geschichte einer ambivalenten Beziehung 163

Rainer Gries

Dramaturgie der Utopie. Kulturgeschichte der Rituale der
Arbeiter-und-Bauern-Macht..... 191

Jennifer Schevardo

ZWEITE SEKTION:
„Arbeitsbeziehungen, Arbeitsverhältnisse, Arbeiterexistenzen“ 215

André Steiner

Einkommen in den Ostblockländern.
Annäherungen an einen Vergleich 227

Peter Hübner

Arbeitsbeziehungen und soziale Sicherungen für Arbeiter
in Ländern des sowjetischen Blocks..... 249

Annette Schuhmann

„Macht die Betriebe zu Zentren der Kulturarbeit“.
Gewerkschaftlich organisierte Kulturarbeit in den Industriebetrieben der
DDR in den fünfziger Jahren: Sozialhistorisches Novum oder
Modifizierung betriebspolitischer Traditionen? 271

Małgorzata Mazurek

Das Alltagsleben im sozialistischen Betrieb am Beispiel der
„Rosa-Luxemburg-Werke“ in Warschau an der Schwelle zur
„kleinen Stabilisierung“ 291

József Ö. Kovács

Arbeiterexistenz in Ungarn nach 1956. Einige Schnittpunkte der
Mikro- und Makrogeschichte..... 319

Mary Fulbrook

DRITTE SEKTION:
Arbeiter in sozialen und politischen Konfliktkonstellationen
Einführung..... 347

Helke Stadtland

Konfliktlagen und Konfliktformen. Arbeiter in der DDR zwischen
Integration, Disziplinierung und Verweigerung..... 357

Renate Hürtgen

Konfliktverhalten der DDR-Arbeiterschaft und Staatsrepression
im Wandel 383

Bernd Gehrke

Weichenstellungen zum Disparaten.
Vom schwierigen Verhältnis der DDR-Opposition zur Arbeiterschaft..... 405

Jędrzej Chumiński/Krzysztof Ruchniewicz

Arbeiter und Opposition in Polen 1945–1989 425

Mark Pittaway

Accommodation and the Limits of Economic Reform: Industrial
Workers during the Making and Unmaking of Kádár's Hungary 453

Peter Heumos (München/Moosburg)

Zum industriellen Konflikt in der Tschechoslowakei 1945–1968 473

Anhang

Autorenverzeichnis 499

Literaturauswahl..... 500

Abkürzungsverzeichnis 512

Renate Hürtgen

Konfliktverhalten der DDR-Arbeiterschaft und Staatsrepression im Wandel

Der DDR-Staats- und Parteiführung als Herrschaftsequipe eines der ökonomisch reichsten Länder im sogenannten Ostblock war es lange Zeit gelungen, ihre abhängig Beschäftigten im Rahmen eines staatlich organisierten Sozialprogramms weitgehend zu pazifizieren. Im Ergebnis machte sich relative Ruhe in den Betrieben breit, selbst unter den in den frühen Jahren der DDR besonders rentierten Arbeitern der Bau-, Chemie- und Metallbranche. Konfliktarmut und Stagnation wurden in den siebziger und namentlich den achtziger Jahren zu hervorstechenden Merkmalen des DDR-Betriebsalltags. Der, wie es scheint, im großen und ganzen zufriedengestellte Arbeiter, hatte sich vorteilhaft dem ihm zugewiesenen Arbeits- und Lebensregime angepaßt, seine Nische und sein Auskommen gefunden.

Dieses Bild von der Anpassung als Resultat eines kleinen Wohlstands und einer relativ befriedigten Bedürfnislage in der Arbeiterschaft der DDR ist jedoch unvollständig. Es kann letztlich nicht erklären, warum sich trotz permanent vorhandener und in den achtziger Jahren rasant zunehmender Unzufriedenheit keine Bereitschaft zur öffentlichen Konfliktaustragung abzeichnete, weder in den Betrieben noch in der Gesellschaft. Es kann ebensowenig erklären, weshalb sich nicht wenigstens Formen der Verständigung über die Notwendigkeit und Möglichkeit kollektiver Konfliktaustragung in den DDR-Belegschaften herausbildeten oder Ansätze einer effektiveren Durchsetzung der jeweiligen Gruppeninteressen. Es bleibt unverständlich, warum sich angesichts eines zunehmenden Gefälles zwischen der DDR und der BRD, dem ständigen Vorbild der DDR-Arbeiter, nicht sehr viel mehr Widerstand im Betrieb regte.

Ein derartiges Verhalten ist nicht allein das Ergebnis eines mit Gütern und Dienstleistungen „gekauften“ Arbeiters, sondern Resultat von wenigstens zwei Strategien der Herrschaft, die zeitgleich und gleichgewichtig praktiziert worden sind: Neben eine staatliche Wohlstandsgewährung trat, beginnend schon bald nach den Ereignissen des 17. Juni 1953, eine in ihrer Dimension wie Perfektion alle anderen „Ostblockstaaten“ übertreffende flächendeckende Überwachung und Kontrolle der Betriebsbelegschaften. Größere Verteilungsspielräume einerseits und eine umfassendere Kontrolle der Bevölkerung andererseits verschmolzen zu DDR-typischen staatlichen Regularien und prägten maßgeblich die Lage der Arbeiter. Erst eine Verbindung von paternalistischem und repressivem Staat, von Verteilung und Kontrolle, von sozialpolitischer und staatssicherheitlicher Aufmerksamkeit erklärt ein

betriebliches Konfliktverhalten, das sich am Ende der fünfziger Jahre herauszubilden begann und bis 1989 in Schritten und Wandlungen sein typisches Aussehen bekam. Es soll an dieser Stelle nicht erörtert werden, wie es zur Gleichzeitigkeit dieser unterschiedlichen staatlichen Praktiken kommen konnte, worin die Ursachen zu suchen sind und auf welchen Politikfeldern noch weitere sich auf den ersten Blick widersprechende Herrschaftstechniken die DDR-Gesellschaft prägten. Hier steht vielmehr zur Diskussion, welche Folgen die Wirkungen eines Wohlfahrtsstaates auf das Konfliktverhalten von Belegschaften hatten, der zugleich ein Überwachungsstaat war.¹ Eine derartige Doppelstrategie des DDR-Staates verlangt eine Aufarbeitung, die sowohl das Wohlergehen aus Verteilungs-Zufriedenheit als auch die Anpassung infolge von Staats-Repression zum Thema macht. Nur so kann ein annähernd realistisches Bild vom Betriebsalltag in der DDR entworfen werden.

Um die eigenständige Wirkungsmacht der Repression – die im Zentrum dieses Beitrages steht – hervorzuheben, wird zunächst der Aufbau eines Sicherheitsregimes in den Betrieben der DDR beschrieben, welches im Ergebnis eines „Lernprozesses“ der Staatsmacht nach dem 17. Juni 1953 etabliert werden konnte. In einem zweiten Schritt wird der „Lernprozess“ der Belegschaften als Reaktion auf die Erfahrungen mit diesem staatlichen Vorgehen rekapituliert und das sich verändernde Konfliktverhalten von Beschäftigten am Beispiel des Streiks charakterisiert. Der Streik hat einen festen Platz in der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung, was den neuen Staatsführern in der DDR, die sich dieser Tradition verpflichtet fühlten, bestens bekannt war.² Sie haben dem Streikgeschehen immer besondere Aufmerksamkeit geschenkt und „Arbeitsniederlegungen“ selbst dann noch registriert als es nichts mehr zu registrieren gab. Während die Herrschenden aller Fraktionen in der DDR bis 1989 permanent in der Angst lebten, es könne zu einem Massenstreik kommen, hatte sich die Arbeiterschaft der DDR längst von dieser Form des betrieblichen Widerstandes verabschiedet und andere Möglichkeiten der Konfliktartikulation gesucht. Die politische Atomisierung der DDR-Arbeiterschaft war eine, wenn auch nicht die alleinige, Konsequenz dieser Entwicklung. Im Ergebnis setzte sich die individuelle, außerbetriebliche Art und Weise durch, ein Interesse anzumelden und löste die kollektive, betriebliche Form des Widerstandes ab.³

1 Vgl. diesen Gedanken auch bei: Jens Gieseke, Die Einheit von Wirtschafts-, Sozial- und Sicherheitspolitik. Militarisierung und Überwachung als Problem einer DDR-Sozialgeschichte der Ära Honecker, Christoph Kleßmann zum 65. Geburtstag, in: ZfG 11 (2003), S. 996–1021.

2 Vgl. zum Streik: Klaus Schönhoven, Arbeitskonflikte in Konjunktur und Rezession. Gewerkschaftliche Streikpolitik und Streikverhalten der Arbeiterschaft vor 1914, in: Hans-Jochen Vogel/Michael Ruck (Hg.), Klaus Schönhoven. Arbeiterbewegung und soziale Demokratie in Deutschland – Ausgewählte Beiträge, Bonn 2002, S. 165–182; Helke Stadtland, Arbeiter im Streik gegen „ihre“ Gewerkschaften. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) vor und nach dem Aufstand des 17. Juni 1953, in: GMH 54 (2003), S. 360–369.

3 Vgl. ausführlich zu dieser Entwicklung: Renate Hürtgen, Konfliktlösungsstrategien ohne Öffentlichkeit: Individualisierung respektive Privatisierung der Interessendurchsetzung in den 70er und 80er Jahren, in: dies., Zwischen Disziplinierung und Partizipation. Vertrauensleute des FDGB im DDR-Betrieb, Böhlau Verlag, Köln (erscheint März 2005).

Neue Herrschaftsstrategien nach dem 17. Juni: Die ganze Aufmerksamkeit dem Betrieb

Die historische Zäsur für das Konfliktverhalten von Arbeitern in der DDR und „Projektionsfläche“ für spätere Arbeitskonflikte war der 17. Juni 1953.⁴ Ein Streikgeschehen diesen Umfangs und in dieser politischen Dimension sollte es in der DDR nie wieder geben. Als entscheidende Ursachen dafür sind das Eingreifen der Besatzungsmacht Sowjetunion und die gewaltsame Niederschlagung des Aufstandes, in welchen sich die Streiks und Demonstrationen rasch wandelten, anzusehen. Obwohl noch jahrelang kleine illegale „Jahrestagsfeiern“ Beteiligter am Juni-Aufstand von den „Organen“ registriert wurden, verschwand die Erinnerung an die ereignisreichen Tage aus dem kollektiven Gedächtnis der DDR-Bevölkerung. Die angesichts des Ausgangs als Niederlage empfundenen Aktionen vom 17. Juni waren offensichtlich kein Thema in den Familien; dafür sorgten zudem entsprechende Verbote, den 17. Juni 1953 überhaupt zur Sprache zu bringen.⁵ Während die positiven Erfahrungsmomente gelungener Streikorganisationen und solidarischen Verhaltens verloren gingen, prägte sich dagegen der Gedanke fest ein, man könne angesichts der Besatzungsmacht im Land sowieso nichts machen. Wenn hier auch zugleich eine Ideologie zum Tragen kam, die vor dem Anspruch jeder weiteren Auflehnung gegen das Regime schützte, war die Erfahrung mit dem Ausgang des 17. Juni und dem folgenden Umgang der Staatsmacht mit den Beteiligten sehr real. So ist es nicht verwunderlich, daß sich in der Arbeiterschaft der DDR im Ergebnis des Juni-Aufstandes eine resignative und zu Teilen auch depressive Stimmung breitmachte. Selbst die dem MfS zugetragenen Berichte kamen nicht umhin, eine derartige Atmosphäre zu konstatieren. Als aufschlußreiches Beispiel soll hier aus einer Information über die Stimmung auf der Baustelle G-Süd in der Berliner Stalinallee am 8.6.1954, also ein Jahr nach dem Aufstand, zitiert werden. Die konspirative Quelle „Ruth Becker“ hat diesen Bericht auf der Grundlage von Gesprächen mit einem Brigadier, einem Arbeiter und dem Parteisekretär geliefert. Sie teilt mit: „Die Stimmung unter den Bauarbeitern hat sich in den letzten Wochen sehr verschlechtert. Man sei allgemein unzufrieden. Offene Diskussionen fänden nur im engsten Kreise statt. Die überwiegende Mehrheit der Bauarbeiter schwiege betont.“ Als eine entscheidende Ursache für diese Stimmung macht sie die Sinnlosigkeit aus, sich auf dem Bau anzustrengen, da es zu nichts führe, die Normen zu erhöhen, weil die Arbeitsproduktivität doch nicht stiege und das Leben nicht besser würde. Ein Arbeiter bemerkte gegenüber der Quelle, daß in letzter Zeit die Niedergeschlagenheit sehr zugenommen habe. Am Ende des Berichtes stellt „Ruth Becker“ noch einen Bezug zum 17. Juni 1953 als möglichem Grund dieser depressiven Stimmung her: „Bauarbeiter der

4 Vgl. Peter Hübner, Arbeitskonflikte in Industriebetrieben der DDR nach 1953. Annäherung an eine historische Struktur- und Prozeßanalyse, in: Ulrike Poppe/Rainer Eckert/Ilko-Sascha Kowalczyk (Hg.), Zwischen Anpassung und Selbstbehauptung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, Berlin 1995, S. 178–191.

5 Sämtliche Haftentlassenen mußten sich schriftlich verpflichten, über die Ursachen und Bedingungen ihrer Haft zu schweigen. Wie lange selbst eine Veröffentlichung, die den 17. Juni nach staatsoffizieller Lesart thematisierte, verboten blieb, machen die Ereignisse um den Roman von Stefan Heym deutlich. Vgl. Dieter Schiller, Ein Buch als Ärgernis. Stefan Heyms Roman „Der Tag X“ und die Parteiprominenz der SED, hefte zur ddr-geschichte Nr. 83, Berlin 2003.

Stinallee erhielten Karten, um als Zuschauer dem Prozeß gegen Verbrecher des 17. Juni 1953 beizuwohnen. Anschließend sollten Diskussionen stattfinden. Statt das man ihnen Karten zu der Verhandlung gegen ausgesprochene Provokateure, Agenten, Brandstifter etc. gab, wohnten sie einer Verhandlung am 24. Mai (1954, R.H.) gegen harmlose Mitläufer bei, deren Verurteilung (10, 8 und 4 Jahre Zuchthaus) als ein Rechtsbruch erscheint. [...] Diskussionen fanden daher auch nicht statt.⁶ Und auch die Forderungen der Arbeiter nach einer besseren Organisation der Produktion, wurden ein Jahr nach dem Aufstand von ihnen offensichtlich als nicht erfüllt angesehen.⁷ Im Juni 1954 ließ sich die Staatssicherheit berichten, daß weder die Versorgung mit Fleisch-, Wurstwaren, Fischkonserven und Kaffee als verbessert angesehen wurde noch die unmittelbare Arbeitssituation. „Die Stimmung unter den Arbeitern ist sehr mies.“⁸

Die Ereignisse um den 17. Juni blieben auch für die Staatsführung der DDR bis zum Ende ihrer Herrschaft ein traumatisches Schlüsselerlebnis. Nicht genug, daß es für Partei und Staatssicherheit völlig unerwartet gekommen war, daß sich Hunderttausende demonstrativ und öffentlich gegen sie stellten. Die entscheidende politische Niederlage bestand darin, daß hier nicht die „bürgerlichen Elemente“ und andere Klassenfeinde in restaurativer Absicht auf die Straße gegangen waren, sondern Belegschaften, vor allem Arbeiter aus industriellen Zentren der DDR wie Leuna, Bitterfeld oder Halle, die in den zwanziger Jahren sozialdemokratische und kommunistische Hochburgen des Klassenkampfes gewesen waren. Daß mit dem Widerstand genau dieser Bevölkerungsschichten nicht gerechnet worden war, machen zahlreiche Analysen von Partei, Staat und FDGB im Anschluß an die Ereignisse deutlich.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatten nicht die Betriebe, sondern andere gesellschaftliche Bereiche im Zentrum der Aufmerksamkeit der Staats- und Parteiführung gestanden.⁹ Eine solche Lücke im Informationssystem sollte es von nun an nicht mehr geben. Unmittelbar nach der Niederschlagung des 17. Juni fanden in den Bezirksverwaltungen der Staatssicherheit mit allen „Genossen operativen Mitarbeitern der Abteilung III“ richtungsweisende Gespräche statt, in denen die betrieblichen Schwerpunkte ihrer zukünftigen Tätigkeit festgelegt wurden. Laut Protokoll faßte der Leiter der Bezirksverwaltung Leipzig, Gen. Geyer, diese so zusammen: „Wie muß also die operative Arbeit in den Betrieben aussehen? Es muß so sein, daß wir über jede angefallene Person im Betrieb eine Akte anlegen. Es kann so sein, daß eine Person einen Witz erzählt, der sich gegen die Persönlichkeiten unseres Staates

6 Information über die Baustelle G-Süd, Stalin-Allee, Abschrift, Quelle „Ruth Becker“, 8.6.1954, BStU MfS, Zentralarchiv, 57/54, Bl. 228. Die Quelle scheint Verständnis für einen Kollegen aufzubringen, der daraufhin seine Kandidatur für die Aufnahme in der SED zurückgezogen hat. Sie vermutet sogar eine „Provokation“ hinter derart ungeschickten Inszenierungen. Die Schreibweise entspricht dem Original.

7 „Herabsetzung der Normen, Herabsetzung der Preise, wir wollen eine gutdurchorganisierte Produktion!“, hatten die Kollegen aus dem Berliner Bremsenwerk formuliert. Vgl. Bericht, Kreisdienststelle Friedrichshain, Betrifft: SAG Berliner Bremsenwerk, 29.6.1953, BStU MfS – AS 99/61, Bl. 109.

8 Auswertungsbericht über die Aktion „Bollwerk“, Berlin, 14.7.1954, BStU MfS Zentralarchiv 175/56 Bd. I, Bl. 53 und Bl. 82. Hier wird ein Schichtarbeiter vom E-Werk StalinStadt zitiert.

9 Schon kurz nach dem Aufstand gab der damalige Minister für Staatssicherheit, Zaisser, selbstkritisch zu Protokoll: „Von dem geplanten Putsch hatte das Ministerium für Staatssicherheit mit seinen Organen keine Kenntnis gehabt. „Sie hätten zwar „Signale über die Vorbereitung des Tages X“ erhalten, diese lagen jedoch „auf einer anderen Linie, die nicht auf die Betriebe wies.“ Zit. n. Karl Wilhelm Fricke, Die Machtfrage war gestellt. Anmerkungen zum 17. Juni 1953, in: DA 3/2003, S. 396.

richtet oder gegen unsere Gesellschaftsordnung. Das ist der erste Hinweis. Der Betreffende wird bei irgend einer Gelegenheit wieder auffallen und so muß man nach und nach die negativen Erscheinungen registrieren. Wir können uns dann über die Entwicklung einer solchen Person ein genaues Bild machen./ Wenn dann der Sachbearbeiter des Betriebes sich noch ein Buch anlegt, um die wichtigsten Dinge zu registrieren, wird er in einem Monat in der Lage sein, im Betrieb auch die wesentlichsten Schwerpunkte zu erkennen./ Dieses Material fehlt uns heute bei der Entlarvung der Agenten [...] Wir können heute nicht nachweisen, an dem und dem Tag hat er das und das gesagt oder zu dieser Frage hat er so und so Stellung genommen. An diesem einen Beispiel kommt die Schwäche klar zutage./ Es ist Aufgabe der Abteilungsleitungen, sich darum zu kümmern. In den Betrieben kann man nur durch eine systematische Arbeit zum Erfolg kommen. Deshalb schlage ich vor, daß dort – wo diese Methode der Arbeit noch nicht eingeführt ist – dies umgehend so durchgeführt wird.“¹⁰

Sehr bald bekam die „Arbeit mit den Inoffiziellen Mitarbeitern“ eine neue Dimension.¹¹ Vor allem unter den Inhaftierten des 17. Juni versuchte das MfS erpresserisch seine neuen konspirativen Mitarbeiter zu rekrutieren. In die Betriebe wurden eigens gebildete Kommissionen des MfS geschickt, „um alles Material über die Ereignisse am 17. bzw. 18.6.1953 [...] auf Wichtigkeit und Perspektive zwecks Anlegen von Vorgängen durchzuarbeiten mit dem Ziel der Liquidierung der Residenten des 17.6.“¹² Die Rädelsführer sollten liquidiert oder aber zur konspirativen Zusammenarbeit mit dem MfS gebracht werden.¹³ „Auf diese Weise wurden in Halle von den 171 im Zusammenhang mit dem 17. Juni Verhafteten fünf Personen zu „Geheimen Informanten“ (GI) des MfS gepreßt.“¹⁴ Personen, die in den Tagen um den 17. Juni auffällig geworden waren, standen noch Jahrzehnte nach dem Ereignis

-
- 10 Bezirksverwaltung Leipzig, 12.8.1953, Protokoll über die Besprechung mit den Genossen op. Mitarbeitern der Abt. III der Bez.-Verw. Leipzig unter Leitung des Gen. Geyer und Anwesenheit des Genossen Oberst, BStU BVfS Leipzig, Leitung, 01011/02, Bl. 32.
 - 11 Vgl. Alf Lütke, „... den Menschen vergessen“? – oder: Das Maß der Sicherheit. Arbeiterverhalten der 1950er Jahre im Blick von MfS, SED, FDGB und staatlichen Leitungen, in: Akten. Eingaben. Schaulenster. Die DDR und ihre Texte, hg. v. Alf Lütke und Peter Becker, Berlin 1997, S. 189–222.
 - 12 Wahrscheinlich meint der Schreiber mit „Resident“ einen „Resistent“, also einen ausdauerhaften Widerständler. Siehe: Bericht über die Tätigkeit der Kommission des Sfs in der Zeit vom 24.11.1953 bis 10.12.1953 in der Bezirksverwaltung Rostock, BStU MfS AS 99/61, Bl. 2. Vom 23.7.1953 bis zum 24.11.1955 verlor das MfS seine Selbständigkeit und wurde als Stellvertreterbereich in das MdI eingegliedert. Es hieß in dieser Zeit „Staatssekretariat für Staatssicherheit (SfS)“.
 - 13 Das MfS begann schon im Zuge der ersten Verhöre von Inhaftierten mit einer großangelegten „Werbung“ von „Inoffiziellen Mitarbeitern“ oder „Geheimen Informanten“, wie der Spitzeldienst 1953 noch hieß, die mit der Ablösung des bisherigen Ministers durch Staatssekretär Ernst Wollweber noch verstärkt wurde. Zehn Tage nach dem Aufstand meldet eine Kreisdienststelle des MfS an den Bezirk: „Es ist geplant in den Abteilungen, in denen der Streik besonders stark zum Ausdruck kam, aus den Rädelsführern GI's zu werben.“, Kreisdienststelle Friedrichshain, Bericht aus dem SAG Berliner Bremsenwerk, 29.6.1953, BStU MfS AS 99/61, Bl. 110.
 - 14 Hans-Peter Lohn, Spitzbart, Bauch und Brille – sind nicht des Volkes Wille! Der Volksaufstand des 17. Juni 1953 in Halle an der Saale, Bremen 2003, S. 195. Der Autor beschreibt u. a. das Schicksal eines Monteurs, der in der Untersuchungshaft eine Verpflichtung zur konspirativen Zusammenarbeit unterschrieben hatte, nachdem ihm Straffreiheit zugesichert worden war. Das Gericht entschied jedoch anders, verurteilte den Arbeiter zu drei Jahren Zuchthaus, nicht, ohne daß ihn das Sfs inzwischen zu einer „Entpflichtungserklärung“ gezwungen hatte. Ebd., S. 195f.

unter Personenkontrolle des MfS.¹⁵ Für die jeweiligen Jahrestage des 17. Juni hatte sich das MfS besonders gerüstet, ab etwa Mai eines jeden Jahres begann die Aktion „Bollwerk“, deren Aufgabe es war, schon im Vorfeld aufzuspüren, ob „Erinnerungsfeiern“ oder andere „Provokationen“ in den Betrieben geplant seien. Diese konzentrierte Aktion wurde vom MfS wiederkehrend bis 1989 eingeleitet, obwohl längst keine Aktivitäten mehr mit Bezug auf das historische Datum registriert werden konnten.¹⁶

Im Laufe der sechziger Jahre wurde der MfS-Apparat vom sogenannten Territorial- auf das Produktionsprinzip umgestellt und die „politisch-operative Sicherung der Volkswirtschaft“ zur Schwerpunktaufgabe erklärt. Im Arbeitsbereich und im betrieblichen Raum entstand eines der bestausgebauten Informations- und Kontrollnetze der Staatssicherheit.¹⁷ Dieser strukturellen Ausdehnung des MfS auf den Betrieb war der aufschlußreiche Versuch vorausgegangen, innerhalb der Belegschaften ein Klima freiwilliger oder nur mäßig erpreßter Zuträgerschaft zu etablieren und mit Hilfe von offen agierenden Sicherheitsbeauftragten (SB) in den Betrieben die geheimdienstliche Arbeit zu einer „gesamtgesellschaftlichen Aufgabe“ zu machen. Dieser Versuch schlug fehl und schon wenige Jahre nach Einführung des Systems der Sicherheitsbeauftragten waren am Ende der sechziger Jahre die SB sämtlich dem MfS konspirativ unterstellt.¹⁸

Die gute Zusammenarbeit aller betrieblichen Funktionäre mit dem MfS

Das sogenannte staatliche Sicherheitssystem im Betrieb, welches in den siebziger und achtziger Jahren wie ein engmaschiges Netz vom MfS geknüpft worden war, hatte drei wichtige

- 15 Eine Operative Personenkontrolle (OPK) war die aktive Erfassung einer Person durch das MfS auf der Grundlage einer registrierten Akte, ein Operativer Vorgang (OV) die aktive Erfassung auf der Grundlage eines registrierten Vorganges. Vgl. zur Beobachtung von Personen, die am 17. Juni „negativ“ in Erscheinung getreten waren: BStU MfS Zentralarchiv 175/56 Bd. I, Bl. 43. Als Beispiel für eine jahrzehntelange Registrierung kann der Lehrling Bruno H. aus dem Bremsenwerk Berlin, genannt werden, der nach seiner Flucht 1956 in den Westen zum ersten Mal 1970 einen Besuch bei seinen Verwandten in der DDR abstatten wollte, und der mit dem Akten-Hinweis auf seine Mittäterschaft von vor 17 Jahren an den Ereignissen 1953 sofort wieder unter Beobachtung des MfS gestellt wurde. Vgl. Personenfeststellung, BStU MfS-AS 99/61, Bl. 133–138. Vgl. auch: Bericht über die Tätigkeit der Kommission des Staatssekretariats für Staatssicherheit in der Zeit vom 24.11.1953 bis 10.12.1953 in der Bezirksverwaltung Rostock, BStU MfS AS 356/57, Bl. 2–20.
- 16 Vgl. BStU MfS Zentralarchiv 175/56 Bd. I, Bl. 36–44.
- 17 Vgl. Hans-Hermann Hertle/Franz-Otto Gilles, Stasi in der Produktion – Die „Sicherung der Volkswirtschaft“ am Beispiel der Struktur und Arbeitsweise der Objektdienststellen des MfS in den Chemiekombinaten, in: Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, hg. von Klaus-Dietmar Henke und Roger Engelmann, Berlin 1995; Maria Haendcke-Hoppe-Armdt, Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft, MfS-Handbuch, Teil III/10, Berlin 1997, Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden, MfS Handbuch, hg. v. Siegfried Suckut/Clemens Vollnhals/Walter Stuss/Roger Engelmann, Berlin 1995, S. 36 sowie Jens Gieseke, Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990, Stuttgart/München 2001, S. 82f.
- 18 Vgl. Renate Hürtgen, Die rechte Hand des MfS im Betrieb – der Sicherheitsbeauftragte (SB), in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien, Nr. 32/33, Dezember 2004.

Bestandteile. Oder anders gesagt: Das MfS gelangte über drei Kanäle an Informationen über betriebliche Vorgänge und über Personen des Betriebs.¹⁹ Zum einen lieferten die schon genannten konspirativen Mitarbeiter aller Kategorien entsprechend der ihnen zugeteilten Aufgabe und gemäß der ihnen zugänglichen Bereiche im Betrieb das gewünschte Wissen. Hatte die DDR insgesamt am Ende ihres Bestehens in „Spitzenbezirken“ mit bis zu einem Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) pro 80 Einwohner einen erheblich höheren Anteil erreicht als die meisten „Bruderländer“,²⁰ so konzentrierten sich diese noch in der Volkswirtschaft, was dazu führen konnte, daß vor allem in Schwerpunktbetrieben ein IM für 30 Belegschaftsmitglieder, namentlich jene, die in den Leitungen der Betriebe arbeiteten, zuständig war. So etwa im ehemaligen Werkzeugmaschinenbaukombinat „Fritz Heckert“ in Karl-Marx-Stadt²¹ oder im Kombinat Mikroelektronik.²² Neben den inoffiziellen Mitarbeitern – und dies scheint mir in seinem Ausmaß und seiner Zuverlässigkeit ein weiteres Spezifikum der DDR gewesen zu sein – konnte das MfS auf zahlreiche betriebliche „Quellen“ zurückgreifen, die nicht oder nicht allein konspirativ der Staatssicherheit verpflichtet waren. Dazu gehörten die schon erwähnten haupt- und ehrenamtlichen Sicherheitsbeauftragten, mit deren Hilfe das MfS den Versuch unternahm, eine quasi zweite staatliche Kontroll- und Überwachungsstruktur neben der vorhandenen Leitungsstruktur zu etablieren. Der Sicherheitsbeamte war einerseits dem Betriebsleiter unterstellt, seine gleichzeitige IM-Tätigkeit verpflichtete ihn andererseits dem MfS, das zwei Aufgaben an ihn delegierte: die Kontrolle der Produktion und die Personen-Kontrolle, namentlich von Beschäftigten mit Westkontakten und in „volkswirtschaftlich wichtigen Bereichen“. Aus dieser Aufgabenstellung erklärt sich auch die große Dichte von Inoffiziellen Mitarbeitern unter den Angestellten und Leitungskadern des Betriebes.²³

Die Grundlage für den dritten Informationskanal im Betrieb lieferte „POZW“, ein System des „Politisch-Operativen Zusammenwirkens“ mit allen staatlichen Leitern, Einrichtungen und gesellschaftlichen Organisationen im Betrieb. Hinter dem Kürzel verbarg sich der Vorgang eines ständigen Kontaktes des MfS in Gestalt eines zuständigen Mitarbeiters mit einem betrieblichen „Funktionsträger“. Auf die Pflege dieser Beziehungen wurde von seiten des MfS viel Wert gelegt, denn es mußte gelingen, in diesen Gesprächen alle wichtigen Informationen über Vorgänge und Personen zu erhalten bzw. dem Gesprächspartner die eigenen „Wünsche“ anzutragen. Bevorzugt ging es darum, Einfluß auf kaderpolitische Entscheidungen nehmen zu können. Das Ziel war erreicht, wenn die staatlichen Leiter oder zuständigen Funktionäre sich derart mit dem Vorhaben des MfS identifizierten, daß sie diese „als ihre

19 Vgl. Renate Hürtgen, „... wir wußten schon, daß die im Betrieb waren, nur nicht, wer nun wirklich dabei war.“ Operative Personenkontrolle des MfS im DDR-Betrieb, in: Deutschland Archiv 1/2003, S. 34–44.

20 Vgl. Gieseke, Mielke-Konzern, S. 114 sowie S. 69–83.

21 Vgl. Haendcke-Hoppe-Arndt, Die Hauptabteilung XVIII, S. 87.

22 Vgl. Gerhard Barkleit/Anette Dunsch, Anfälliger Aufsteiger. Inoffizielle Mitarbeiter des MfS in Betrieben der Hochtechnologie, Berichte und Studien Nr. 15, hg. vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V., Dresden 1998, S. 16 sowie S. 18.

23 Vgl. Das System der Sicherheitsbeauftragten – ein neues wirksames Instrument der sozialistischen Staatsmacht, das unter Führung des Ministeriums für Staatssicherheit zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung in der Volkswirtschaft, insbesondere zur Abwehr des Systems der Störtätigkeit imperialistischer Kräfte beiträgt. VVV, Potsdam, Juni 1969, BStU MfS JHS, Nr. 21789.

eigenen Entscheidungen“ ausgaben.²⁴ Solche regelmäßigen Gespräche fanden neben der ohnehin schon geläufigen Praxis statt, über alle Vorgänge in den betrieblichen Leitungsstrukturen und Organisationen wie den FDGB in Form eines Durchschlages von Berichten ständig informiert zu sein.²⁵ Sie verliefen auf freiwilliger Basis und in „kameradschaftlicher Atmosphäre“, worauf die Mitarbeiter des MfS auch einige Mühe verwandten.²⁶ Es gibt in den Akten nirgends Hinweise darauf, daß sich staatliche oder andere Leiter und Funktionäre dieser Instrumentalisierung durch die Staatssicherheit widersetzt hätten, obwohl keine arbeitsrechtliche Vereinbarung sie dazu verpflichtete. All diese täglich hundertfach praktizierten Rapporte beruhten darauf, daß die Beteiligten sich den politischen Gepflogenheiten und nicht hinterfragten Praktiken beugten, um ihre leitende Funktion im Betrieb nicht aufgeben zu müssen. Sie mögen es nicht begeistert getan haben, doch die Spielregeln wurden eingehalten und die Rolle des MfS im Betrieb als selbstverständlich akzeptiert.

Für den Einfluß von repressiver Herrschaft auf das Verhalten der Beschäftigten ist diese kurze Beschreibung eines durchorganisierten betrieblichen Informations- und Kontrollsystems von besonderer Bedeutung. Es zeigt eindrucksvoll, daß die verschiedenen Organisationen, Parteien und Fraktionen der Macht personell und funktionell im Betrieb zu einer Einheit verschmolzen. Während sich das MfS als für die Belegschaften deutlich erkennbare Instanz seit den sechziger Jahren immer stärker zurückhielt, im Hintergrund agierte und den „weichen“ Methoden der Repression den Vorrang einräumte, übernahmen staatliche Leiter, Partei- oder Gewerkschaftsfunktionäre in vielen Fällen deren Funktion der Überwachung und Disziplinierung.²⁷ Im betrieblichen Alltag trat den Belegschaften in den DDR-Betrieben nicht nur in Konfliktsituationen und nicht nur im Rahmen einer staatssicherheitlichen Überwachung ein relativ geschlossener Machtblock entgegen, der entscheidend zu dem bekannten Muster „wir hier unten“ und „die da oben“ beitrug.

-
- 24 Richtlinie des MfS Nr. 1/82 zur Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen, dokumentiert in: Reinhardt Buthmann, *Kadersicherung im Kombinat VEB Carl-Zeiss-Jena. Die Staatssicherheit und das Scheitern des Mikroelektronikprogramms*, Berlin 1997, S. 196.
- 25 So gab es z. B. in den Kreisverwaltungen des FDGB, aber auch in BGL größerer Betriebe ein Fach, welches in Abständen von einer nicht näher bekannten Person geleert wurde. Ein Durchschlag aller wichtigen Vorgänge ging damit immer an das MfS.
- 26 Vgl. Das Zusammenwirken des MfS mit den Leitern von Staats- und Wirtschaftsorganisationen bei der politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft, Dissertation, Vertrauliche Verschlusssache, Juristische Hochschule Potsdam 001-203/75 vom 22. Juli 1975. Bl. 18, BStU JHS 21843/ 1, Matthias-Domaschk-Archiv Berlin.
- 27 So waren die Ausführenden der jeweiligen „Empfehlung“ des MfS in der Regel die staatlichen Leiter, bevorzugt die Leiter der Kaderabteilungen. Vgl. zu den „weichen Stabilisatoren“: Christoph Boyer, *Der Beitrag der Sozialgeschichte zur Erforschung kommunistischer System*, in: *Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung*, S. 13-32, hier: S. 30/31.

Die Staatsmacht legt die Regeln für das Konfliktverhalten im Betrieb fest

Das Konfliktverhalten der DDR-Arbeiter veränderte sich nach 1953 signifikant, man kann zu Recht von einer „Trendwende“ (Hübner) in der Art und Weise sprechen wie betriebliche Konflikte von nun an ausgetragen und welche Ziele formuliert wurden. Gab es 1953 in Form und Inhalt noch einen deutlichen Anklang an die Arbeiterbewegungstradition der zwanziger Jahre, verschwand dieser Traditionsbezug aus den Konfliktszenarien der folgenden Jahre. Streiks im eigentlichen Wortsinn als übergreifende, solidarische Aktion fanden mangels Öffentlichkeit in der DDR so nicht mehr statt. Betrieblicher Widerstand sollte bis einschließlich 1989 nie wieder Impulsgeber für das Verhalten anderer Schichten der DDR-Gesellschaft werden, er löste nach 1953 keine Demonstration oder Solidaritätsbekundung mehr aus. Die Ursachen für diese Veränderungen sind vielfältig und reichen von mentalen Dispositionen über befriedigte Bedürfnislagen oder die Existenz neuer Beschäftigtengruppen bis zu einer durch die Industrieentwicklung selbst modifizierten Konfliktaustragungsstrategie, die einen deutlichen Trend zur Individualisierung aufweist. Nicht zu vergessen ist das Vakuum, das eine fehlende Interessenvertretung hinterließ. Der FDGB war mit seiner Unterordnung unter die Staats- und Parteiführung zwar schon am Ende der vierziger Jahre kein ernstzunehmender Partner in Konfliktsituationen mehr, die Vorgänge am Anfang der fünfziger Jahre zeigen jedoch, daß dies erst im Ergebnis der Erfahrungen mit dem 17. Juni von den Belegschaften als endgültig begriffen wurde.²⁸

Einen hervorragenden Platz nimmt in diesem Ursachenbündel jenes oben beschriebene dichte staatliche Kontroll- und Informationsnetz im Betrieb ein, das erheblichen Einfluß auf das Verhalten der DDR-Arbeiter hatte. Bereits die im Anschluß an die Ereignisse des 17. Juni durchgeführten Verhaftungen, disziplinarischen Maßnahmen und öffentlich initiierten Schauprozesse auch unter Beteiligung der Belegschaften in den Betrieben der Abzustrafenden, machten unmißverständlich klar, was verboten war.²⁹ Das Mißverständnis vom 17. Juni – „Wir haben doch bloß gestreikt!?“ – war endgültig „geklärt“ und jede/r wußte um das Risiko, wenn er oder sie die vorgegebenen Koordinaten der herrschenden Staatsmacht nicht einhalten würde.³⁰ Dennoch sollte es noch einige Jahre dauern, bis die Grenzen und Freiräume im Betrieb für das Verhalten in Konfliktsituationen ausgelotet, die Nischen und Gepflogenheiten gefunden waren, in deren Rahmen man sich bewegen konnte. Im Zuge der

28 Vgl. Renate Hürtgen, Die Nachkriegszeit bis Ende der 50er Jahre: Der gewerkschaftspolitische Kurs der SED und das „Nurgewerkschaftertum“, in: dies., *Zwischen Disziplinierung und Partizipation*.

29 Vgl. die eindrucksvollen Schilderungen der Schauprozesse in den Betrieben der DDR gegen Beteiligte des 17. Juni bei Heidi Roth, *Der 17. Juni 1953 in Sachsen*, Köln 1999. Vgl. Löhn, Spitzbart, Bauch und Brille.

30 Auch der Verurteilte BGLer der Bau Union Berlin, Max Fetting, wiederholte während der Verhöre wie andere Inhaftierte, daß er nichts verbrochen hätte, nur einen Streik unterstützt, den seine Kollegen gewollt hätten. Siehe BStU MfS AU Zentralarchiv 538/53, Bd. II, Bl. 21–25, Vernehmungsprotokolle 19.6.1953, Bl. 39–40, Vernehmungsprotokoll, 22.6.1953, Bl. 27–33, Vernehmungsprotokoll, 19.6.1953 sowie Bericht über den Stand der Untersuchungsarbeit im Vorgang VEB Industriebau Friedrichshain sowie BStU MfS HA IX, 5003, Wesentliche Ermittlungsergebnisse, Bl. 45–48; Die Verbrechen der Beschuldigten, Bl. 53–62.

schon erwähnten Aktion „Bollwerk“ stellte das Sfs am ersten Jahrestag des 17. Juni allein im Bezirk Neubrandenburg noch 57 000 „Provokationen“ fest. Darunter waren die meisten anonym gehalten oder sie bestanden aus solchen Aktivitäten, deren staatsfeindlicher Hintergrund schwer oder gar nicht nachweisbar war. So fehlten am 17. Juni 1954 in der Warnow-Werft in Warnemünde 320 Arbeiter wegen Krankheit, das waren 250 mehr als üblich. In der Konsumbäckerei Brandenburg wollten alle dort beschäftigten Frauen ihren Haushaltstag auf den 17. Juni legen, in der Wismut, heißt es in einem Bericht, seien Laschen auf die Schienen gelegt, in verschiedenen Orten VP-Helfer verprügelt und Schmierereien entdeckt worden. In den Tagen um den 17. Juni 1954 gab es insgesamt 161 Festnahmen, darunter auch Arbeiter, die auf den Jahrestag angestoßen hatten bzw. ihn feiern wollten.³¹

Die Arbeiter in der DDR wurden nach den Erfahrungen von 1953 einfallsreich im Auffinden von Aktionsformen, die nicht gleich Kopf und Kragen kosteten. Am 5. Juni 1954 meldete eine Unterabteilung des Sfs an den Einsatzstab: „Betrifft: Aktion Bollwerk. Durch GI-Bericht wurde bekannt, daß die Bauarbeiter der Stalinallee für den 15. Juni 1954 eine Dampferfahrt planen. Am 15. Juni 1953 wurde bereits dieselbe Forderung gestellt. Die Dampferfahrt wurde nicht genehmigt, dafür aber eine Autofahrt.“³² Derartige Katz- und Mausspiele gingen nicht immer gut aus und verloren sich im Laufe der Jahre fast gänzlich, wie dem immer genaueren Berichtswesen von MfS und FDGB zu entnehmen ist. Für die Beschäftigten blieb stets ein Rest Unsicherheit, ob und in welchem Ausmaß die Staatssicherheit in einer veränderten politischen Situation reagieren würde. So verwundert es nicht, daß sich solche offen formulierten Streikanlässe, denen ein politisches Motiv unterstellt werden konnte, seit den siebziger Jahren völlig verlieren. Im Zusammenhang mit „politisch-operativen Vorkommnissen“ in der Zeit der Solidarność und der Verhängung des Kriegsrechtes in Polen sind lediglich vier von 277 registrierten Aktionen nichtanonymisiert im Betrieb durchgeführt worden, eine Streikaktion ist nicht darunter.³³ Diese Zurückhaltung der Beschäftigten und ihr Ausweichen auf anonyme Formen des Widerstands und der Konflikt austragung hatten gute Gründe. In solchen Situationen wurden selbst die „einfachen“ Streikandrohungen zu einer äußerst riskanten Angelegenheit, die mit der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens bzw. mit Haft endeten.³⁴ Doch selbst jene Konfliktandrohungen oder Streikforderungen, die ohne einen kritischen Bezug zur Regierungspolitik formuliert wurden und in keinem politischen Kontext standen, bargen für die Beteiligten ein diffuses Restrisiko. Denn mit dem Streik waren stets zwei Austragungsformen verbunden, von denen das MfS besondere Gefahren ausgehen sah: Kollektivität und Öffentlichkeit.

31 BStU MfS Zentralarchiv 175/56, Bl. 68/69; Bl. 66.

32 BStU MfS Zentralarchiv 57/54, Bl. 278. Vgl. Auswertungsbericht über die Aktion „Bollwerk“, Berlin, 14.7.1954, BStU MfS Zentralarchiv 175/56, Bl. 55 und 65.

33 Lediglich polnische Beschäftigte streikten zwischen 1981/82 und anonymisierten nicht ihre Aktionen; allerdings wurden sie auch nicht verhaftet, sondern in der Regel ausgewiesen. Zwischen dem 14.12.1981 und dem 9.2.1982 führte der Befehl Nr. 18/81, genannt „Besinnung“, dazu, daß täglich dem MfS über die Reaktion der Bevölkerung der DDR und der sich in der DDR aufhaltenden Bürger der VR Polen berichtet werden mußte. Vgl. BStU MfS – HA VII 2950, Bd. 1, Bl. 2–10 sowie BStU MfS – ZOS 2625, Bl. 279–384.

34 Vgl. ebd., Da genügte es, wenn ein 10 mal 14 cm großes Stück Papier „mittels rotem Kugelschreiber beschrieben“ die Losung trug: „Ich streike mit Polen“. Ein Arbeiter hatte diesen Text verfaßt und seinem Betriebsleiter im VEB Braunkohlenwerk „Erich Weinert“, Deuben, vorgelegt. Vgl. BStU MfS HA IX, 4387, Information Nr. 2076/81, Bl. 158.

Von der kollektiven zur individuellen Konfliktaustragung³⁵

Das Streikrecht war in der DDR bis 1968 in der Verfassung festgeschrieben.³⁶ Die Realität, vor allem die Erfahrungen des 17. Juni, machten jedoch jedem DDR-Bürger klar, daß das Streikrecht nicht nur kein einklagbares Recht war, sondern seine Anwendung zu Sanktionen führen konnte. Es war in der DDR politisch unerlaubt zu streiken, insofern blieb der Streik vor wie nach 1968 eine illegale Angelegenheit. Das praktische Verhalten der Staatsmacht war allerdings so eindeutig nicht und so entstanden eine Reihe von Ausnahmen für den an sich politisch verbotenen Streik. Staat, Partei und Gewerkschaft behielten sich vor, die jeweils konkreten Umstände, einschließlich der beteiligten Personen zu bewerten, indem sie die Forderungen der Streikenden in die Kategorien „berechtigt“ oder „unberechtigt“ und die beteiligten Personen in „gute Arbeiter“ oder „Provokateure“ einordneten.³⁷ Für die Arbeiter – sehr selten die Angestellten, welche auch in der DDR nicht zu den Beschäftigtengruppen gehörten, die ihre Forderungen mittels Streik durchzusetzen versuchten – kam es nun darauf an, jene Form der „Arbeitsniederlegung“, wie der Streik nach dem 17. Juni offiziell hieß, zu finden, die staatlicherseits wenigstens keine Repressionen brachte.

Bereits am Ende der fünfziger Jahre war so eine Art unausgesprochenes aber faktisches „Regelwerk“ entstanden, woran sich hielt, wer nicht als Provokateur oder Agent verurteilt werden wollte. Die Erfahrung hatte gelehrt, daß Streiks unpolitischen Charakters sein, spontan und ohne Öffentlichkeit geführt werden mußten. Die Bedingungen für einen spontanen Streik, der keine Öffentlichkeit erreichte, waren relativ klar und wurden im Anschluß an den Aufstand vom 17. Juni 1953 von den Beschäftigten im Prinzip auch eingehalten. Wie aus den Akten ersichtlich, konnten Partei- und Staatssicherheit im Rahmen der Auswertung solcher „Vorkommnisse“ in der Regel erleichtert oder mißtrauisch feststellen, daß es keinerlei Vorbereitungsaktivitäten gegeben hatte, ebenso selten ließen sich Streikführer oder Organisatoren einer „Arbeitsniederlegung“ ausfindig machen. Die Suche nach derartigen „Rädelsführern“ wurde immer mit großer Anstrengung namentlich vom MfS unternommen, hätte sich doch daran gezeigt, daß der Streik durchdacht, organisiert und so gegebenenfalls wiederholbar war.³⁸ Ein Streik, der von Beschäftigten geplant und vorbereitet gewesen wäre, hätte darauf schließen lassen, daß sich hier Beschäftigte kollektiv und bewußt für eine widerständige Aktion verabredet und als „Saboteure und Provokateure“ verhalten hatten.

35 Vgl. Renate Hürtgen, „Keiner hatte Ahnung von Demokratie, im Betrieb sowieso nicht“. Vom kollektiven Widerstand zur Eingabe oder Warum die Belegschaften 1989 am Anfang eines Neubeginns standen, in: Bernd Gehrke/Renate Hürtgen (Hg.), *Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989: Die unbekannteste Seite der DDR-Revolution. Diskussion – Analysen – Dokumente*, Berlin 2001, S. 183–203.

36 Vgl. Artikel 14 (I. Rechte der Bürger) in der Verfassung der DDR von 1949, die bis 1968 gültig war; vgl. Peter Hübner, *Identitätsmuster und Konfliktverhalten der Industriearbeiterschaft der SBZ/DDR*, in: *Bohemia. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der böhmischen Länder*, Heft 2/2001, S. 223–226.

37 Vgl. für die fünfziger Jahre: Helke Stadtland, *Herrschaft nach Plan und Macht der Gewohnheit. Sozialgeschichte der Gewerkschaften in der SBZ/DDR 1945–1953*, Essen 2001, S. 492/493. Vgl. für die achtziger Jahre: Information zu ungerechtfertigten Lohnforderungen in der LPG (P) Schlagsdorf, Kreis Gadebusch, Bezirk Schwerin, vom 10.9.1988, BStU MfS-ZAIG, Nr. 17246, Bl. 5.

38 Vgl. *Arbeitskonflikte 1980 bis 1987*, BStU MfS ZAIG 17208, Bl. 3–10; Bl. 19–66 sowie Information Nr. 48/1961, BV des FDGB, Abt. Org., *Vertraulich! Analyse der klassenfeindlichen Tätigkeiten im III. Quartal 1961*, insbesondere nach dem 13. August, SAPMO-BArch, DY 34/25414d.

Darauf hatten sich die Streikenden in der DDR schnell eingestellt; so wurde es zur allgemeinen Sprachregel, die Spontaneität der Streikidee zu betonen und keinen Kollegen als den Organisator oder Wortführer zu bezeichnen, welche ohnehin bald nicht mehr Bestandteil eines Streikszenariums im DDR-Betrieb waren.

Für die Staats- und Parteiführung der DDR hatte das Verschweigen eines betrieblichen Konfliktes allerhöchste Priorität, es schien sogar noch vor der Beseitigung des Konfliktherdes oder eines Mangelzustandes zu rangieren.³⁹ In der HA XVIII des MfS war eigens für die „Abwendung des Bekantwerdens feindlicher Handlungen“, wozu auch die Streiks zählten, eine Dienstanweisung herausgegeben worden. Für Versuche, dem Streikgeschehen etwa über Medien oder Demonstrationen vor dem Werktor zu einer Öffentlichkeit zu verhelfen, gab es nach dem Juni-Aufstand keine Möglichkeiten mehr. Lediglich die Praxis, eine gewisse Betriebsöffentlichkeit zu erreichen, setzte sich noch einige Jahre fort. Insgesamt aber war diese Politik des Totschweigens erfolgreich und sollte dazu führen, daß es in den siebziger und achtziger Jahren nur noch zwei- oder dreimal Gerüchte über durchgeführte oder angeandrohte Streiks unter der Bevölkerung in der DDR gab. Damit entfiel zugleich der Schutz für Streikende angesichts zu erwartender Maßnahmen gegen sie, den eine Öffentlichkeit – und namentlich dann, wenn sie über westliche Medien hergestellt worden wäre – geboten hätte.

Neben dem Nachweis, daß ein Streik von einer Gruppe von Beschäftigten geplant und vorbereitet worden war und dem Umstand, daß die Absicht oder das Streikgeschehen selbst an die Öffentlichkeit dringen könnte, war dessen Bewertung als „politisch“ von besonderer Gefahr für die Beteiligten. Daß Streikende sich dem Risiko der Inhaftierung, in einigen Fällen sogar der Todesstrafe aussetzten, wenn sie „freie Wahlen“, die Absetzung der Regierung oder überhaupt gesamtgesellschaftliche Veränderungen oder unabhängige Gewerkschaften forderten, hatte sich nach 1953 als sehr real erwiesen. Da für Forderungen nach Lohnerhöhungen, Herabsetzung von Normen oder allgemeiner Verbesserung von Arbeitsbedingungen letztlich der Staat bzw. die staatlichen Zentralen zuständig waren und damit Adressat der Streikenden, konnte aus einem „unpolitischen“ Streik rasch ein „politischer“ werden, von dem sich die Staats- und Parteiführung bedroht fühlte. Die Verlagerung der Forderungen von Streikenden von der zentralstaatlichen auf die einzelbetriebliche Ebene, war eine logische Konsequenz dieser Konstellation. Innerbetriebliche Lösungskonzepte und Arrangements dominierten nicht nur im Rahmen von Streiks die Konfliktszenarien in den DDR-Betrieben, ungeachtet dessen, daß in vielen Fällen gar keine Lösung auf einer dezentralen Ebene möglich war. Aber auch auf diese unterschiedlichen Zuständigkeiten hatten sich die Beschäftigten in der DDR rasch eingestellt und konnten mal „ganz oben“ und mal im Betrieb auf Bündnispartner setzen, die ihr Begehren unterstützten. Umgekehrt führte dieses einzelbetriebliche Konfliktszenarium dazu, daß Partei und Staat die Betriebsleitung und betrieblichen Gewerkschaftsleitungen zu Mitschuldigen am Streik machen konnten, insofern diese ihn nicht verhindert und also keine politisch effektive Arbeit geleistet hätten.

39 In der Sprache des MfS hieß das, das „Abfließen geheimzuhaltender Informationen“ zu verhindern. Vgl. Haendcke-Hoppe-Arndt, *Die Hauptabteilung XVIII*, S. 115 sowie Hans-Hermann Hertle/Franz-Otto Gilles, *Zur Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit in der DDR-Wirtschaft*, in: Renate Hürtgen/Thomas Reichel (Hg.), *Der Schein der Stabilität. DDR-Betriebsalltag in der Ära Honecker*, Berlin 2001, S. 173–190, hier: S. 186.

Disziplinarische Maßnahmen waren häufig die Folge dieses tatsächlichen oder unverschuldeten „Versagens“ der Leiter.

Wenn sich auch Grundlinien und typische Verläufe von Streiks am Ende der fünfziger Jahre bereits herausgebildet hatten, unterschied sich das Streikgeschehen der endfünfziger von dem der achtziger Jahre in der DDR erheblich, was im folgenden beschrieben werden soll. Am unmittelbarsten fällt dabei zunächst die rasant gesunkene Anzahl von Streiks ins Auge. Während am Ende der fünfziger Jahre noch bis zu über 100 Streiks im Jahr registriert wurden, sind es in den achtziger Jahren nur noch einige wenige im Jahresdurchschnitt.⁴⁰

| | |
|----------------------------|-----------|
| 1960 | 166 |
| 1961 (I. bis III. Quartal) | 98 |
| 1962 | 117 |
| 1963 | 138 |
| 1964 | 57 |
| 1965 | 25 |
| 1966 | 41 |
| 1967 | 18 |
| 1968 | 15 |
| 1969 | 28 |
| 1970 (bis 10.12.) | 26 |
| Oktober 1970–April 1971 | 63 |
| 1971 | 48 |
| 1972 | 39 |
| 1973–1974 | ca. 40/30 |
| 1975 | 26 |
| 1976 | ca. 25 |
| 1977 | ca. 25 |
| 1978 | 15 |
| 1979 | 8 |
| 1980 | 6 |
| 1981 | 14 |
| 1982 | 6 |
| 1983 | 1 |
| 1984 | – |
| 1985 | 5 |
| 1986 | 2 |
| 1987 | 2 |
| 1988 | 2 |

Zahlenmäßige Übersicht der gemeldeten Arbeitskonflikte und besonderen Vorkommnisse in den Jahren 1962–1969 nach Bezirken, Anlage 1, SAPMO-BArch DY 34/ 25414; Information Nr. 48/1961, BV des FDGB, Abt. Org., Vertraulich! Analyse der klassenfeindlichen Tätigkeiten im III. Quartal 1961, insbesondere

40 Die in den Akten des FDGB vermerkten Zahlen der Streiks sind kritisch zu gebrauchen, weil davon ausgegangen werden muß, daß angesichts des Eigeninteresses eher „nach unten“ korrigiert wurde. Zudem lagen nicht für alle Jahre vollständige Angaben vor, weswegen sie mit ca. angegeben wurden, bzw. es änderte sich die Erfassungspraxis. Dennoch zeigen Vergleiche mit Statistiken anderer betrieblicher Kontrollorgane, daß diese Abweichungen den Gesamttrend bestätigen. Vgl. z.B. eine Statistik des MfS aus den Jahren 1980 bis 1988. Siehe: BStU MfS-ZAIG 17208, Arbeitskonflikte 1980 bis 1987, Bl. 3–10; Bl. 19–66.

re nach dem 13. August, SAPMO-BArch DY 34/ 20553; FDGB BV Büro des Präsidiums, 1970, SAPMO-BArch DY 34/3023; Abt. Organisation beim BV des FDGB, Analyse über Arbeitskonflikte und besondere Vorkommnisse vom Oktober 1970 bis April 1971 sowie Analyse über besondere Vorkommnisse im Jahre 1972. SAPMO-BArch DY 34/ 25414; Abt. Organisation beim BV des FDGB; Analyse über die besonderen Vorkommnisse 1975, vom 1.6.1976, Abt. Organisation des BV des FDGB, SAPMO-BArch DY 34/ 25414; Information über besondere Vorkommnisse, 22.6.1978, SAPMO-BArch DY 34/ 25414 sowie Übersicht über die besonderen Vorkommnisse seit 1978, Anlage 1, SAPMO-BArch DY 34/ 25414d; Übersicht über besondere Vorkommnisse 1982–1985, Anlage 1, Übersicht über besondere Vorkommnisse seit 1985 sowie Dok. 3: Informationen über besondere Vorkommnisse, die im Jahre 1988 dem Bundesvorstand des FDGB gemeldet wurden, FDGB Bundesvorstand, Beschluß des Sekretariats vom 1.3.1989, Nr. S 123/89, in: Hans-Hermann Hertle, Funktion und Bedeutung der Massenorganisationen am Beispiel des FDGB, in: Materialien der Enquete-Kommission, Frankfurt/M. 1995, Band II/1.

Die Zahlen der achtziger Jahre lassen den Schluß zu, daß der Streik in den DDR-Betrieben jede Bedeutung verloren hatte. Diese Entwicklung hatte sich allerdings schon längst angekündigt und bezeichnet nur das Ende einer Streikgeschichte, welche mit den genannten Regelsetzungen und Verboten begonnen hatte.

Nicht nur die Anzahl der Streiks, auch die Größe der Streikgruppe reduzierte sich rasch. In den fünfziger Jahren waren nicht selten noch 80 oder mehr Personen beteiligt, was auf eine Mobilisierung von Abteilungen, mehreren Schichten oder Betriebsteilen schließen läßt. In den sechziger Jahren erlangten die Brigaden eine besondere Funktion in den Konfliktsituationen, was sich sehr plastisch auch an der für diese Zeit typischen Größe einer Streikgruppe von 20 bis 25 Personen ablesen läßt. In den siebziger und achtziger Jahren reduzierte sich die Streikgruppe meist auf wenige Beschäftigte. Aus einer kollektiven Aktion war eine Aktion von Einzelkämpfern geworden. Immer seltener beteiligten sich Meister, Brigadiere oder Gewerkschaftsfunktionäre an den Streiks, während das in den fünfziger und sechziger Jahren noch häufiger vorgekommen war und auf eine gewisse Strukturiertheit und Kollektivität aus dem Arbeitszusammenhang heraus hinweist.⁴¹

Der politische Charakter eines Streiks sollte nicht sofort von der Bildfläche verschwinden. So gab es nach dem Juni 1953 Solidaritätsstreiks für die Inhaftierten⁴² und in Folge des Mauerbaus am 13. August 1961 sowie letztmalig nach dem Einmarsch der Warschauer Paktstaaten in die ČSSR 1968 registrierten das MfS und andere Staatsorgane „gegen die DDR“ gerichtete Losungen im Zusammenhang mit Streikandrohungen.⁴³ In der Regel aber wurden solche Äußerungen nun anonym gemacht.

41 Die Informationsberichte des MfS weisen auch aus, welche Beschäftigtengruppen streikten, aus welcher Branche sie kamen und in welchen Bezirken der DDR gestreikt wurde. Am höchsten war die Streikbeteiligung immer in den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Halle, Dresden und Gera, erst in den achtziger Jahren spielten Berlin und Rostock eine Rolle. Ursache dessen waren das Süd-Nord-Gefälle des Industrialisierungsniveaus der DDR und der Umstand, daß fast ausschließlich die Beschäftigten aus Produktionsbereichen, den Handwerksbereichen der Betriebe, zu bestimmten Zeiten die Landarbeiter und ab Mitte der siebziger Jahre auch Beschäftigte aus dem Dienstleistungsbereich streikten. Angestellte, medizinisches Personal, technische Intelligenz streikten im Prinzip nicht, ein Umstand, der aus westlichen Industriegesellschaften bekannt ist, hier aber noch eine DDR-spezifische, die besondere Staatsloyalität von Angestellten und betrieblichen Leitern betreffende, Note bekommt.

42 Siehe Armin Mitter/Stefan Wolle, Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993, S. 27–29.

43 Vgl. Information Nr. 48/1961, BV des FDGB, Abt. Org., Vertraulich! Analyse der klassenfeindlichen Tätigkeiten im III. Quartal 1961, insbesondere nach dem 13. August, SAPMO-BArch, DY 34/20553

Die Forderungen, die im Rahmen eines seiner Natur nach nicht anonym durchzuführen den Streiks gestellt wurden, verbinden sich in den siebziger und achtziger Jahren ausschließlich mit Lohn-, Prämien-, Versorgungsfragen oder Problemen mit den Arbeitsbedingungen und der Arbeitsorganisation. Die zu jedem Vorfall vorliegenden minutiösen Beschreibungen von Ursachen, Verlauf und eingeleiteten Maßnahmen erlauben einige interessante Verallgemeinerungen: Gestreikt oder mit Streik gedroht wurde zum Beispiel, wenn die Normsetzung zur Lohnminderung führte oder die Jahresendprämie nicht in Vorjahreshöhe ausgezahlt werden sollte, wenn die Toiletten nicht repariert wurden oder die Essensversorgung für die Nachtschicht nicht mehr funktionierte. So verließen am 13.8.1960 drei Rangierer des Bahnhofs Saalfeld ihre Nachmittagsschicht, um gegen eine Prämienminderung zu protestieren, die mit der Umstellung auf den Sommerfahrplan zu erwarten war. Diese Fahrplanumstellung hatte nämlich zu zahlreichen Unpünktlichkeiten der Züge geführt, von der Pünktlichkeit der Züge wurde jedoch ihre Prämie abhängig gemacht.⁴⁴ Oft waren es geradezu banale Selbstverständlichkeiten, die eingeklagt wurden, da sie auf anderem Weg bisher nicht zu erreichen waren: eine bessere Lüftung im Sommer oder ausreichende Heizung im Winter. Gestreikt wurde also in der DDR in der Mehrzahl aller Fälle, um den alten Standard wiederherzustellen bzw. um keine Verschlechterung in Kauf nehmen zu müssen oder um Leiter zu zwingen, Versprechungen einzuhalten. Damit hatte der Streik typischerweise immer einen defensiven Charakter; die Streikenden forderten ein, was ihnen durch schlechte Organisation oder Willkür der staatlichen Leitung verlustig gegangen war.

Der Betrieb als konfliktfreier Raum: Kein Anlaß mehr für betrieblichen Widerstand?

Der Streik in der DDR war zu keiner Zeit ein selbstverständlich genutztes Mittel, eine Forderung durchzusetzen, auch dann nicht, wenn er spontan von vier oder fünf Beschäftigten durchgeführt wurde, welche ein ihnen zustehendes Recht durchsetzen wollten. Immer haben nur „risikobereite“ Belegschaftsgruppen wie Produktionsarbeiter, Handwerker oder Landarbeiter gestreikt. Sehr schnell etablierten sich andere Formen, ein betriebliches Anliegen durchzusetzen.

Die bekannteste war die Eingabe, eine Art Beschwerdepraxis, die in den siebziger und achtziger Jahren in der DDR fast zu einer „Bewegung“ geworden war und die vor allem bevorzugt wurde, weil sie legal war und nur wenige Risiken barg.⁴⁵ Zudem lief der Eingabe

sowie Analyse der politisch-ideologischen Fragen und Schwerpunkte der gegnerischen Tätigkeit im Zusammenhang mit den Maßnahmen der 5 sozialistischen Bruderländer, BV des FDGB, Beschluß des Sekretariats Nr. S 640/68, vom 16.9.1968, SAPMO-BArch, DY 34/25414.

44 Büro des Präsidiums, Präsidiums- und Sekretariatsbeschlüsse des BV des FDGB, betr. Bes. Vork. 1960–1985, Hausmitteilung der IG-Eisenbahn, ZV, Vorsitzender, an den BV des FDGB, SAPMO-BArch DY34/ 25414.

45 Die Eingabepraxis war seit 1953 gesetzlich geregelt. Vgl. Verordnung über die Prüfung von Vorschlägen und Beschwerden der Werktätigen, vom 6. Februar 1953, GBl. DDR, Teil I, Nr. 19/1953, S. 265. Ihm folgten 1961, 1966 und 1969 mehrere Staatsratserslasse über die Eingaben der Bürger und die Bearbeitung durch die Staatsorgane. Vgl. auch: Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom

benschreiber nicht Gefahr, von seinen Kollegen abgelehnt zu werden, die sich mehrheitlich inzwischen auf ein konfliktfreies Dasein im Betrieb eingestellt hatten. Ein Blick in die zahlreichen Schreiben, die auch den Bundesvorstand des FDGB erreichten, macht deutlich, daß nicht die Probleme und die damit zusammenhängende Unzufriedenheit sich geändert hatten, sondern die Art und Weise, sie anzumelden. Was traditionell und auch noch in der frühen DDR über Streiks oder andere kollektive Widerstandsformen zu erreichen versucht wurde, verlagerte sich meist auf die individuelle Durchsetzung eines Einzelinteresses. In den Eingaben und Beschwerden wurden zum Teil die gleichen Wünsche und Forderungen vorgetragen wie Prämienangleichungen, Lohnerhöhungen, Kindergartenplätze, Rentenzuschüsse, Lampen für den Arbeitsplatz oder Kaffeemaschinen, die schon Anlässe für Streiks gewesen waren.⁴⁶ Eingaben oder Beschwerden konnten auch mündlich vorgetragen werden. So sprach man, um den Ferienplatz zu ergattern, nun beim Vorsitzenden der Gewerkschaftsleitung persönlich vor, und selbst Lohnfragen wurden gern im Vier-Augen-Gespräch mit dem Abteilungsleiter geklärt. Eine Tabuzone gab es auch hier. Sie war beschriftet, wenn in den mündlichen oder schriftlichen Eingaben betriebliche Probleme mit grundsätzlichen Fragen der Partei- und Staatspolitik verbunden wurden oder wenn sich eine Belegschaftsgruppe zusammengefunden hatte, die ihr Anliegen gemeinsam vortrug.⁴⁷ Derartige Regelverletzungen stellten jedoch, gemessen an der Menge von Eingaben, eine Ausnahme dar. Der typische „Arbeitskampf“ hatte in der DDR in den siebziger und achtziger Jahren den Charakter einer individuellen Bittstellung angenommen, die zudem im privaten häuslichen Raum formuliert wurde.⁴⁸

Warum aber verlor der Streik jede Relevanz in der DDR und warum verschwand praktisch die Form des kollektiven Konfliktverhaltens aus den Betrieben? Läßt sich die ebenfalls zu beobachtende Tendenz einer Individualisierung und Privatisierung von Interessendurchsetzung in den westlichen Industriestaaten mit dieser Entwicklung in der DDR vergleichen? Ist sie vielleicht Ausdruck einer besonderen Modernität der DDR-Arbeitsgesellschaft? Anders gesagt: Hat sich der ohne jeden Streik auskommende Rostocker Hafenarbeiter „zivilisierter“ verhalten als sein polnischer Kollege aus Gdansk? Oder ist diese beschriebene Wandlung eines kollektiven Konfliktverhaltens, namentlich das Verschwinden des Streiks aus dem DDR-Betrieb, die logische Folge einer Entwicklung, die eine Arbeiterschaft geschaffen hatte, welche auf derartige Formen der Auseinandersetzung nicht zurückgreifen mußte, weil ihr effektivere Möglichkeiten zur Verfügung standen, ein Begehren durchzusetzen?

Um einer Antwort auf diese Fragen etwas näherzukommen, sollen die Erfolgsaussichten betrachtet werden, die sowohl mit einem Streik oder einer Streikandrohung als auch mit jener Eingabe verbunden waren, in der betriebliche Probleme zur Sprache kamen. Es zeigt sich, daß die risikoreichen Streiks und „demonstrativen Handlungen“ weniger Erfolg

6. April 1968 in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1974, Artikel 103, S. 71; „Gesetz über die Bearbeitung der Eingaben der Bürger – Eingabengesetz“ vom 19.6.1975, GBl. DDR, Teil I, Nr. 26/1975, S. 461.

46 Vgl. BV des FDGB, Büro Tisch, Eingabenanalysen 1980–1989, SAPMO-BArch, DY 34/13277.

47 Vgl. Personenkontrollakte „Initiator“, V/417/81, BStU MfS BV Frankfurt (O), Bl. 1–77.

48 Dennoch hoben sich solche aktiven Aushandlungsformen immer noch von jenen passiven Formen der Verweigerung oder Fluktuation ab, die hier nicht zur Diskussion stehen. Vgl. Renate Hürtgen, *Der erfolgreiche Ausweg über die Eingabe?*, in: dies., *Zwischen Disziplinierung und Partizipation*.

brachten als angesichts der Angst der Staatsführung vor solchen Aktionen hätte vermutet werden können. Bei einer genaueren Durchsicht der „Streikabschlußberichte“ wird schnell erkennbar, daß den Forderungen keinesfalls immer nachgegeben wurde und das Bild von der DDR-Arbeiterschaft, die bereits mit der Androhung eines Streiks ihr Ziel erreicht hätte, nicht der Realität entspricht. Vor allem Lohnforderungen wurden in der Regel abgelehnt und nach Aussprachen mit der Betriebsleitung, der Partei und Gewerkschaft von den Beteiligten selbst einsichtig zurückgenommen. Prämienforderungen gingen häufiger durch, auch andere Wünsche, denen man innerhalb des Betriebes nachkommen konnte.⁴⁹ Allerdings waren viele Forderungen aufgrund der desolaten Wirtschaftslage überhaupt nicht zu realisieren, da halfen auch keine Auflagen des MfS oder der Partei an die Betriebsleiter. Die Erfolgsquote der Eingaben lag etwas höher als die der Streiks; in manchen Jahren betrug die Anzahl der mit einem positiven Antwortschreiben bedachten Bittsteller allerdings auch nur 20 oder 30 Prozent.⁵⁰ Das Verhältnis zwischen Risiko und Nutzen gestaltete sich jedoch für einen Eingabenschreiber deutlich günstiger, denn diese Form der Beschwerde war offiziell sanktioniert und wurde sogar als Ausdruck des gewachsenen Vertrauens der Bevölkerung gegenüber der Staats- und Parteiführung gefördert. So wurde die individuelle Form der Interessendurchsetzung, die in den privaten Räumen und in der Familie verfaßte Eingabe, für einige Zeit ein probates Mittel, die im Laufe der Jahre nicht geringer gewordenen betrieblichen Probleme zu lösen.

Waren die Erfolgsaussichten einer betrieblichen, kollektiven Aktion wie des Streiks nicht garantiert, so blieb zudem ein erhebliches Risiko für alle Beteiligten bis zum Ende der DDR bestehen. Es war vor allem die Unberechenbarkeit und Undurchschaubarkeit der im Betrieb immer präsenten Staatssicherheit, die Unsicherheit und eine diffuse Angst verbreiteten. Strafrechtliche Verfolgungen gab es seit den sechziger Jahren für Arbeiter wegen eines Streiks sehr selten, es sei denn, es wurden Streikziele mit politischen Forderungen verbunden wie im Kontext der *Solidarność* 1980/81.⁵¹ In den fünfziger Jahren dienten der Vorwurf der Spionage oder des Aufrufs zum Boykott, später der feindlichen Propaganda oder Hetze dazu, ein Ermittlungsverfahren gegen Streikende einzuleiten. In den letzten zwei Jahrzehnten wurde dagegen mit verschiedenen disziplinarischen Maßnahmen „gearbeitet“, nachdem der betreffende Kollege oder die Kollegin als „unzuverlässig“ oder „asozial“ eingestuft war. Die Akten weisen aus, daß die Staatssicherheit die jeweiligen Beteiligten unter ihre Kontrolle genommen hat und den weiteren Umgang mit diesen festlegte. So heißt es am Ende der kurzen Rapporte zu Streikvorfällen aus den achtziger Jahren beispielsweise: „Vom MfS

49 Zu solchen auf der betrieblichen Ebene unerfüllbaren Forderungen gehörten beispielsweise die im Ingenieurbüro für Bauwesen Potsdam 1981 erhobenen nach „Plankorrekturen“ und der Einführung höherer Gehaltsgruppen für Hoch- und Fachschulkader oder die von sieben Transportarbeitern des VEB Bau Strausberg erhobene Forderung, das Einzelgewicht von 130 kg der von ihnen zu verladenden Stahlteile zu verringern. Beides wurde abgelehnt. Vgl. Weitere Hinweise zu vorliegenden Aufklärungsergebnissen im Zusammenhang mit den im Januar/Februar 1981 in verschiedenen Bereichen der Volkswirtschaft aufgetretenen Arbeitskonflikten, BStU MfS ZAIG, Nr. 17208, Bl. 64.

50 So heißt es in einer Information über den Stand der Eingabenbearbeitung des BV des FDGB: „Bei 26 Prozent der Eingaben konnte dem Anliegen des jeweiligen Mitglieds entsprochen werden.“, SAPMO-BArch DY 34/13277, Information über die Bearbeitung der an den Vorsitzenden des Bundesvorstandes des FDGB im Jahre 1986 gerichteten Eingaben.

51 Vgl. BStU MfS – HA VII 2950, Bd. 1, Bl. 2–10 sowie BStU MfS – ZOS 2625, Bl. 279–384.

wurden entsprechende Maßnahmen eingeleitet“, „Die weitere Bearbeitung erfolgt durch die KD Jena“ oder „Unter OPK gestellt“. ⁵² Auf diesem Wege ließen sich kleine Disziplinarstrafen einleiten, etwa die Verhinderung einer Westreise oder die Umsetzung auf einen anderen Arbeitsplatz. Und selbst jene Eingabenschreiber oder Beschwerdeführer, die den Eindruck nicht vermieden hatten, hier hätte sich eine Gruppe von Beschäftigten zu einer gemeinsamen Aktion zusammengefunden ⁵³ oder die zu politisch argumentierten, gerieten wie die Streikenden unter die Kontrolle der Staatssicherheit. Jedoch nur ein besonders „hartnäckiger“ Bittsteller oder ein „Ausreiser“ mußte damit rechnen, daß ihm sein Anliegen in eine strafbare Handlung umgedeutet wurde. ⁵⁴

Kann angesichts einer solchen staatlichen Praxis überhaupt von „Repression“ gesprochen werden oder ist der Begriff der umfassenden Kontrolle nicht besser geeignet, den Sachverhalt zu beschreiben? Was hat letztlich die Angst vor der Staatssicherheit bewirkt, war es die Unberechenbarkeit ihrer Aktivitäten oder die Anonymität der Bedrohung? Doch selbst dann, wenn der Repressionsbegriff als ungenau ersetzt werden sollte, gehörte es bis zum Ende der DDR zum Grunderfahrungsschatz der Belegschaften, daß die Staatsmacht die Grenzen für Verhalten zog und daß eine unkontrollierte Überschreitung dieser Grenzen gerade im betrieblichen Umfeld unmöglich war. So wählten auch Arbeiter jene Formen und Inhalte, die weniger risikoreich waren, zogen sich aus dem besonders gut kontrollierten Raum des Betriebes in die sicherere und weniger kontrollierte Zone des Privaten zurück und versuchten, von hier aus ihre Interessen anzumelden. Die schon erwähnten Meldungen von 277 „politisch-operativen Vorkommnissen“ im Zusammenhang mit der Lage in Polen, die vom MfS zwischen dem August 1980 und dem März 1982 registriert worden waren, zeigen eindrucksvoll diese Verlagerungen aus dem Betrieb. Die meisten dieser „Vorkommnisse“ ereigneten sich auf der Straße, in öffentlichen Gebäuden und Verkehrsmitteln, nur 82 von ihnen auf dem Betriebsgelände. Die „Aufklärung“ der in der Regel anonymen „Delikte“ führte darüber hinaus zu dem Befund, daß es mehrheitlich junge Arbeiter waren, die allein, ohne einen Gruppenzusammenhang und tendenziell eher „im Schutz“ der Straße protestierten. ⁵⁵

1989 mußte die Staatssicherheit mit einigem Erstaunen feststellen, was logische Konsequenz ihrer eigenen Schwerpunktsetzung war, daß nicht wie befürchtet im Betrieb, sondern außerhalb der Betriebe sich Renitenz und Widerstand konzentrierten. Auch, wenn es sich hier, im privaten Raum oder auf den Straßen und Plätzen, nicht um eine Massenerscheinung oppositionellen Verhaltens handelte, ist die Tendenz unverkennbar: Von den Arbeitern im

52 Vgl. die Rapporte Nr. 36/88 und 40/88, BStU MfS HA XXII, Nr. 5481/1, Bl. 125, 127, 142, 145. Der Rapport Nr. 40 endet mit der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens „gemäß § 220 StGB (Öffentliche Herabwürdigung) mit Haft gegen den X“, ebd., Bl. 145. Der „Täter“ hatte im VEB Elektrowerke Sebnitz am 4.2.1988 einen Artikel mit „hetzerischem Inhalt“ an die Betriebswandzeitung gehängt.

53 Derartige Kollektivbeschwerden wurden besonders registriert und entsprechend staatssicherheitslich behandelt; sie nahmen ohnehin erst am Ende der DDR ein relevantes Ausmaß an. In den achtziger Jahren registrierte der BV des FDGB kaum Kollektiveingaben, 1988 waren dagegen 139 an ihn gerichtet. Vgl. Anzahl der Eingaben nach Bezirken 1986 sowie Anzahl der Eingaben nach Bezirken 1988, SAPMO-BArch, DY 34/13277; Vgl. auch: Jonathan R. Zatin, Ausgaben und Eingaben. Das Petitionsrecht und der Untergang der DDR, in: ZfG 45. Jg., Heft 10, 1997, S. 902–917.

54 Vgl. Arbeitskonflikte 1980 bis 1987, BStU MfS ZAIG 17208, Bl. 3–10; Bl. 19–66.

55 Vgl. BStU MfS – HA VII 2950, Bd. 1, Bl. 2–10 sowie BStU MfS – ZOS 265, Bl. 279–384. Von insgesamt 95 namentlich genannten Personen sind 69 Fach- und Hilfsarbeiter. Vgl. ebd.

Betrieb ging für die DDR-Staatsführung eine geringere Gefahr aus als sie die ganzen Jahre angenommen hatte. Solche Weisungen, wie sie der Stellvertretende Bezirksleiter des MfS Frankfurt/Oder aus dem Flugzeug an alle Kreisdienststellen im Oktober 1989 gab, lassen erkennen, wie weit selbst die Staatssicherheit der DDR trotz all ihres Wissens von einer realen Einschätzung der Lage im Land entfernt war. Der Oberst des MfS, Radziej, funkte am 30.10.89 um 12.40 Uhr an seine Dienststellen: „... in diesem zusammenhang weise ich nochmals zwingend darauf hin, ueberraschungen durch arbeitsniederlegungen und streiks, die oeffentlichkeitswirksam werden, zu verhindern ...“⁵⁶ Die Gefahr aber ging zuförderst von der Straße aus und nahm einen revolutionären Verlauf, als Arbeiter den Aufrufen oppositioneller Gruppen folgten.

Die Beschreibungen des Risikos, dem sich Arbeiter in der DDR trotz veränderter Doktrin der Staatssicherheit mit einem kollektiven Konfliktverhalten ausgesetzt sahen und das in keinem Verhältnis zu den Aussichten stand, eine Forderung durchzusetzen, spricht dafür, daß die unmittelbaren betrieblichen Herrschaftsstrategien für das sich wandelnde Verhalten der Beschäftigten von ursächlicher Bedeutung waren. Gegen eine „freiwillige“ Wahl der individuellen Mittel spricht ebenfalls die Tatsache, daß DDR-Arbeiter bis zum Schluß einen sehr traditionellen Milieuhintergrund besaßen, in den ein ebensolches traditionelles Arbeiterbewegungsverhalten wie Streik seinen Platz gehabt hätte. Die Aufgabe der traditionellen Konfliktszenarien und der Rückzug ins Private müssen so gesehen als deutliches Defizit beschrieben werden und nicht als Ausdruck einer der Entwicklung vorauseilenden Arbeiterschaft. Letztendlich haben die individualisierten Aushandlungsformen nicht zum erhofften Erfolg geführt, die Unzufriedenheit namentlich der Facharbeiterschaft wuchs stetig, ihr Verzicht auf Streiks und ihr Versuch, sich einzeln durchzuschlagen, brachten am Ende nicht das gewünschte Resultat.⁵⁷

Beim Vergleich der Lage der Arbeiter in den „staatssozialistischen“ Ländern stellen sich spätestens an dieser Stelle die entscheidenden Fragen nach der jeweiligen Besonderheit der nationalen Entwicklung. Warum haben sich die DDR-Arbeiter keinem höheren Risiko einer Strafrechtsverfolgung ausgesetzt? Verweist dieses fast bürokratisch-preußisch organisierte exzessive betriebliche Erfassungs- und Kontrollsystem des DDR-Staates nicht auch auf eine deutsche Tradition der Staatsräson, die nicht nur ihre Staatsdiener, sondern durchaus auch die Arbeiterschaft geprägt hat?⁵⁸ Welchen Einfluß hat ein historisch und national höchst unterschiedlich ausgeformtes Wertesystem der Beschäftigten auf deren Konfliktverhalten, das in der DDR in hohem Maße von den Traditionen eines Arbeiterstandes geprägt war, der ordentliche Arbeit und Sich-Einfügen ins Arbeitsregime als besonders tugendhaft ansah? Wie war das Verhältnis der Arbeiter zu den Angestellten und der technischen Intelligenz im polnischen Betrieb, in Ungarn oder in Rußland? Stand dort auch die Betriebsleitung als

56 BStU BVfS Frankfurt (Oder) BdL 1204. Es handelt sich um ein Fernschreiben der BZL des MfS Frankfurt (Oder) an alle Kreisdienststellen.

57 Die Gruppe der Facharbeiter gehörte maßgeblich zu den „Ausreisern“ der achtziger Jahre. Vgl. Giesecke, Die Einheit von Wirtschafts-, Sozial- und Sicherheitspolitik, S. 1021.

58 Dieser Gedanke bei: Burkhard Olschowsky, Berliner Arbeitnehmer und die Ereignisse in Polen, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 6, 1998, S. 37–54.

geschlossener Block zusammen mit der Partei, Gewerkschaft und dem Geheimdienst der Belegschaft gegenüber?⁵⁹

Die DDR und die Arbeitergeschichte

Derartige Fragen deuten schon an, daß das sich wandelnde Konfliktverhalten von Arbeitern ein weitaus komplizierterer Prozeß war als am Verhältnis von staatlicher Kontrolle und Reaktion der DDR-Arbeiter beschrieben werden konnte. Zweifellos aber ist seine Darstellung ein notwendiger Bestandteil einer jeden Arbeitergeschichtsschreibung, zeigt sich doch besonders am Verhalten in Konfliktsituationen, wie sich die Beziehungen zwischen den Herrschenden und Beherrschten in einer Gesellschaft gestalten, welche Austragungsmechanismen ihnen zur Verfügung stehen und wie erfolgreich die jeweilige Konfliktsituation zu den eigenen Gunsten gewendet werden kann. Mit dem Auftreten einer organisierten Arbeiterbewegung in den europäischen Industriestaaten waren solche Konfliktszenarien und Aushandlungsprozesse immer aufs engste mit einer Partei und/oder einer Gewerkschaft verbunden, die zum festen Bestandteil eines in Deutschland darüber hinaus stark sozialdemokratisch geprägten Milieus in der Arbeiterschaft gehörte.⁶⁰

In der DDR läßt sich – von den frühen Jahren abgesehen – ein derartiger Zusammenhang von Arbeitermilieu und Arbeiterbewegung kaum mehr herstellen. Diese Tradition einer autonomen Bewegung wurde nach dem 17. Juni 1953 von Staats wegen beendet, so daß die Geschichte der DDR-Arbeiter weitgehend ohne Bezug auf eine solche Erfahrung, ohne Bezug auf sozialdemokratische Zusammenschlüsse oder autonome gewerkschaftliche Organisationen und ohne Bezug auf ein kollektives und selbstbewußtes Auftreten geschrieben werden muß. Die „verstaatlichte Arbeiterbewegung“ hatte ihren Bewegungskarakter und ihr Bewegungsmilieu verloren. Damit aber verschwanden nicht die Arbeiter, nicht die Denk- und Verhaltensweisen, nicht ihre gemeinsame Lage, die sie trotz ihres politisch atomisierten Zustandes verband; mit dem Abbruch der Kollektivität und anderer Formen einer traditionellen Arbeiterbewegung verschwand vor allem nicht das Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnis im Betrieb und in der Gesellschaft, es fand nur keinen selbstorganisierten Ausdruck mehr.

Angesichts einer so verschiedenen historischen Ausgangssituation der Gesellschaften im ehemaligen Einzugsbereich der Sowjetunion und den westlichen Industrieländern stellt sich die Frage, ob der in der Arbeitergeschichtsschreibung bevorzugte Ansatz mit seiner starken Verbindung von Milieu, Betrieb und politischer Bewegung nicht in seiner Anwendbarkeit

59 Dieser und andere Unterschiede von Kontrolle und Repression in den einzelnen staatssozialistischen Ländern verweist auf die Frage nach den Ursachen der Herrschaftspraktiken und damit in besonderer Weise auf die Staatsgewalt als Teil eines gesellschaftlichen Zusammenhanges, aus dem heraus sie erst verständlich wird. Vgl. dazu: Dieter Segert, Repression und soziale Klassen. Überlegungen zu einer Sozialgeschichte der politischen Macht im Staatssozialismus, in: Christiane Brenner/Peter Heumus (Hg.), Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung. Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und DDR. 1948–1968, München 2004, S. 307–317.

60 Vgl. Klaus Tenfelde/Heinrich Volkmann (Hg.), Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung, München 1981.

für den Osten überprüft werden müßte. Im Resultat meiner Beschäftigung mit dem Thema erscheint mir eine Diskussion darüber, ob es überhaupt sinnvoll ist, die Geschichte der Arbeiter in den Diktaturen auf eine Weise zu schreiben, die aus der Anschauung westlicher Entwicklungen herrührt, notwendig. Was sich für die Untersuchung eines Arbeiterbewegungs-Milieus in westlichen Industriegesellschaften bewährt hat, muß in diktatorischen Gesellschaften, wo es fast keine staatsunabhängigen Organisationen, politischen Zusammenschlüsse und eigene organisierte Kollektivität von Arbeitern im Auftreten und Aushandeln gegeben hat, nicht gleichermaßen brauchbar sein. Traditionelle Themen der Arbeitergeschichtsschreibung wie Versammlungen, Vereine, Funktionäre oder Bildungsarbeit sind u. U. weder auf die DDR noch die anderen Staaten des Ostblocks einfach zu übertragen, weil es derartige von den Arbeitern organisierte und außerhalb von Staat oder Partei entstandene Formen der Kollektivität und soziale Typen kaum oder gar nicht gab. Die zentrale Frage einer Arbeitergeschichte diktatorischer Gesellschaften müßte wohl lauten: ob sich angesichts staatlicher Unterdrückung dennoch außerhalb und im Gegensatz zur Partei- und Staatsmacht ein eigenständiges Milieu widerständigen Verhaltens unter den Arbeitern herausbilden konnte und wie dies in den einzelnen Ländern des Ostblocks aussah.